

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der wöchentlichen Beilage: 1,20 Mk. (Postgebühren eingeschlossen). Einzelhefte 10 Pf. (Postgebühren eingeschlossen).
Redaktion: Wettbergplatz 10, Tel. 25 261.
Sprechstunde: nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr.
Erscheinung: Wettbergplatz 10, Tel. 25 261.
Verlagszeit: von 6 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.
Inserate werden die 6-spaltigen Zeilen mit 20 Pf. berechnet, bei dreimonatiger Werbung wird Rabatt gewährt. Preisangaben 25 Pf. Insete müssen bis spätestens 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Str. 35. Dresden, Donnerstag den 12. Februar 1914. 25. Jahrg.

Die für die am 14. d. M. erklärte Stadtverordnetenwahl...
Die Wahlkommission hat heute die Wahllokale...
Die Wahlkommission hat heute die Wahllokale...
Die Wahlkommission hat heute die Wahllokale...

monatlichen Zusammentritts der Arbeiterausschüsse absolut nicht vertieren. Und er hat sogar recht, denn was sollen Arbeiterausschüsse, denen die Taubenschrauben angelegt sind, alle Monate beraten? Er hätte noch hinzufügen müssen, sie haben überhaupt keinen Wert mehr, wenigstens nicht für die, für die sie in erster Linie da sein sollen, die Arbeiter.

Unberührend ist dem Minister, wie man weiter aus seinem hingeworfenen Monolog entnehmen, die Forderung nach freier politischer und religiöser Betätigung der Staatsarbeiterschaft. Das gerade Gegenteil hält er für die erste Staatsbürgerpflicht, auch für die freie Zeit. Da können die Leute ja sogar so verneinend sein, sich auch an sozialdemokratischen Veranstaltungen und Bestrebungen zu beteiligen. Und das darf selbstverständlich nicht sein. Daher soll diese Frage durchaus dem freien Ermessen der Verwaltungen überlassen werden. Das aber bedeutet, wer in diesem Punkte nicht so unterrichtet ist, wie es die oberen Beamten wünschen, der fliegt. Nach diesem Rezept ist man ja verfahren, als man in zahlreichen Fällen brave Arbeiter, die nur im Verdacht standen, einer Organisation angehöre oder an einer sozialdemokratischen Versammlung teilgenommen zu haben, aus dem Plakat warf. Es machte selbst auf die bürgerlichen Parteien einigen Eindruck, als Genosse Eistan Schilderte, wie er vor kurzem einen alten ehemaligen Staatsbahnarbeiter zu Grabe geleitet hatte, der in früheren Jahren wegen seiner politischen Überzeugung selbst in den Kerker wandern mußte und doch seine Stellung in den Staatsverwaltungen behielt, aber derselbe opfermüde Befenner vor einigen Jahren schon deshalb aus dem Plakat geworfen wurde, weil er eine nicht ganz geheime Eisenbahnversammlung besucht hatte und so bemerkt, daß der Terrorismus in den Staatsbahnbetrieben viel schlimmer geworden und in den letzten Jahren alles Maß überschritten hatte.

Nach bei der Beratung der sozialdemokratischen Anträge, der eine für die Arbeiter günstigere Regelung der Lohnhöhe und kürzere Arbeitszeit forderte, herrschte bei den bürgerlichen Rednern und der Regierung derselbe Geist engherziger Auffassung. Die Begründung des Genossen Eistan und die nachfolgenden Ausführungen des Genossen Richter waren eine mächtige Anklage: Die Löhne sind ungenügend, die Arbeiter werden verächtlich behandelt; es herrscht ein Elendzustand, die Arbeitszeit ist zum größten Teil länger als in Privatbetrieben. Und zu allem die für einen aufrechten Arbeiter unerträgliche Bedornung und der Genossenschaftswang! Doch das löst den Finanzminister ebensowenig an, wie den konservativen Hofmann. Sie fanden alles gut und lobten die Verhältnisse in den Staatsbetrieben übersöhnlich. Sie spielten die starke Nachfrage nach Arbeitsstellen aus. Als wenn dies in der Zeit konstanten Arbeiterüberflusses etwas beweise!

Ein Klein wenig anders war der Ton, den der Nationalliberal Andrä anfangs. Nicht hart und grob sollte man den Arbeitern kommen. Ein Staatsarbeiterrecht sollte ihnen eventuell geben. Welcher Art das sein würde, prahnte der Herr ab. Denn von völliger Koalitionsfreiheit, besonders vom Streikrecht, wollte der Herr für Staatsarbeiter abtrotzen nichts wissen. Ja, er offenbarte, daß ein vollständiger Unterschied zwischen der konservativen und der nationalliberalen Staatsarbeiterpolitik nicht besteht. Erinnere wollen die Leute annehmen, letztere auch, sie aber dabei noch extra einleifen, die Entrechtung etwas schmerzlicher machen.

Mit Sarkasmus geißelte Genosse Richter die Engherzigkeit der bürgerlichen Regierung, die notgedrungen mit Sozialdemokraten im Landtage verhandeln müsse, die schon sozialdemokratische Vizepräsidenten ertragen habe und nicht dulden wolle, daß ein Sozialdemokrat königlich königlich herabgelockt werde. Dadurch wurde zwar der Finanzminister herabgelockt, erlebte jedoch nur sein altes Liedchen weiter und erklärte erneut, daß den Staatsbahnarbeitern das Koalitionsrecht nicht zugesprochen werden könne. Auf diese und andere staatsarbeiterfeindliche Äußerungen von gegnerischer Seite erteilte Genosse Wirth im Schlusswort eine angemessene Antwort.

Diese Beratungen waren besonders für Staatsarbeiter sehr lehrreich. Sie haben wieder einmal gesehen, was sie von den bürgerlichen Parteien zu erwarten haben. Sobald Arbeiterinteressen in Frage kommen, gibt es nur eine Partei, die sich rücksichtslos verhält, die Sozialdemokratie. Das hat sich schon so häufig, besonders aber gestern im Landtage bei der großen Debatte über die Staatsarbeiterbeschwerden wieder einmal gezeigt.

Die Beerdigung Solingers.

Eine ungeheure Erregung herrscht im ganzen Leisener Bezirk. Man hat, durch die das Gespräch um das tragische Schicksal des Leisener. Niemand kann sich der Anteilnahme entziehen. Ganz Leisener und Bodenbach hat sich an dem Begräbnis. An dem Tage, da sich der herrliche Arbeiterklub den Vertrauensmann der Buchdrucker, Schumacher und Solinger; innerhalb Jahresfrist zwei wichtige Genossen von den Feinden der Arbeiterbewegung gemordet.

Der Teil der Bevölkerung, der nicht mit im Zuge war, kamte die Straßen, durch die der Leisenerklub vom Krankenhaus in Leisener durch Bodenbach bis nach dem ca. 1 1/2 Stunde entfernten Friedhofe in Roschwitz führte. Schon in den Mittagstunden hat die Stadt ein Bild der Trauer. Überall feierlich gekleidete Männer mit roten Ketten im Knopfloch, die einander ernst grüßen, ohne sich zu kennen. Aus dem ganzen Bezirk strömten die Massen herbei. Besonders die streifenden Buchdrucker aus ganz Nordböhmen bis hinunter nach Prag sind erschienen, um dem Märtyrer ihrer Sache das letzte Geleit zu geben und in der Abendversammlung gegen die Schuldigen an der Schandtat zu protestieren. Fast unablässig dehnte sich der Leidenszug auf dem langen Wege. Umflossene Fahnen und zahlreiche Kränze und Girlanden mit dunkelroten Schleiern belebten den Trauerzug, der mit der weißen Schwebelandschaft selbst kontrastierte.

Der sonst hier übliche kirchliche Pomp bei katholischen Begräbnissen fehlte ganz. Solinger war konfessionslos und Friedender. Noch in den letzten Stunden seines Lebens hatte er den Wunsch geäußert, demgemäß beerdigt zu werden. Als der erlöste Junge die Volkshalle in Bodenbach erreicht hatte, hielt von deren Terrasse ein Redner der freireligiösen Gemeinde in Wien eine tief ergreifende Trauerrede. Am Grabe sprachen dann Vertreter des Hauptvorstandes und der einzelnen Bezirke des überregionalen Buchdruckerverbandes, die der Gewerkschaften und der Partei. Eine Anrede des Genossen Drechsel vertrat zugleich den Leisener Buchdruckerverband. In hellen Tönen sprach Genosse Richter die Redaktionen der Dresdner Volkszeitung und die Arbeiter der Leisener Fabrik. Die Redner konnten den Gemordeten in seinem Lebensmandel als ein leuchtendes Vorbild für Tausende, als einen lautereren Charakter und ruhigen, besonnenen Menschen ehren. Sie konnten aber auch der Familie des Unglücklichen versichern, daß ihr unerschütterliche Hilfe durch den Verband gewährt werde. Über den Tausenden, die das Grab umschauten und entzündeten Hauptes die Redner anhörten, lag stille Trauer. Manche Männer schüttelten sich nicht ihrer Tränen und Frauen schluchten laut auf. Nach Erhöhung des Leides: Ein Sohn des Toten wollte er sein. Ruheten die Massen wieder in die Stadt, die den ganzen Nachmittag unter dem Eindruck der gewaltigen Kundgebung stand.

Am Abend fand im Hotel Stadt Prag, dem Zeltorte, eine Massenversammlung statt, wie sie Leisener-Bodenbach noch nie gesehen hat. Tausende strömten herbei und kaum die Hälfte konnte Zutritt finden. Die aufgeregten Massen bevölkerten die zum Schluß der Versammlung dem Marktplatz. Die Polizei verhielt sich sehr zurückhaltend. Der Vertreter des Zentralvorstandes der Buchdrucker, Genosse Schumann, und der Landessekretär der sozialdemokratischen Partei, Genosse Exermax, kennzeichneten in lebhaften Worten unter der tiefsten Erregung der Massen, die elementar hervorbrach, den ehelichen Mörder, der um seinen Juden 'an Menschen verkauft, das eigentlich schuldige Unerschmerzte, das sich nicht scheute, einen Juchhäuser in seine Dienste zu nehmen, und die mitschuldigen Behörden, die die Tat durch Befehlsgabe des Waffentragens erst möglich machten. Aber nicht das und Verantworte solle aus dem Grabe Solingers steigen, sein Epitaph möge vielmehr der gesamten Arbeiterbewegung neuen Impuls und Aufklärung geben, dann werde das Blutopfer nicht umsonst gebracht sein.

Die Redner bestritten auch das bürgerliche Lüge der Zeitungsgelehrten, daß fast ohne Ausnahme die schandvolle Tat zu beabsichtigen Verbrechen, ja sogar aus ihr ein Verbot des Streikpostens herleiten möchte. Eine in diesem Sinne gehaltene scharfe Resolution fand, nachdem der Vorsitzende die erregten Versammlungsteilnehmer zur Ruhe und Besonnenheit ermahnt, einstimmige Annahme. Die Massen bekräftigten diese Forderung und bewiesen damit, ebenso wie die Buchdrucker während ihres ganzen Kampfes und bei dem unglücklichen Zwischenfall, daß für die Disziplin auch unter den schwersten Umständen zu wahren verstehen. Dadurch wird es der Reaktion außerordentlich schwer gemacht werden, auch nur den Schatten einer Schuld auf die Streikenden zu werfen. Wie bekannt, ist der Mörder schon am 16. Februar in Leisener abgeurteilt worden, 100 verschiedene Zeugen schon verurteilt worden sind.

Eine Kundgebung der Landesparteivertretung Deutschböhmen.

Kauf, 8. Februar. Hier hielt heute die Landesparteivertretung für Deutschböhmen eine Sitzung ab. Der Vorsitzende Abgeordneter Selinger machte über die ernüchternde Lage des Kapitalismus und die Stellung der Arbeiter. Die Landesparteivertretung beschloß, ihre Unterstützung und ihren Willen über das Verbrechen Kuforuf zu geben, und erklärte, sie erzieht in der Vertretung des Volkswillens an den Verbrecher, dessen Gemeinwohl die Träger Volkswirtschaft aus seinen Vorurteilen befreien mußte. Die Landesparteivertretung beschloß, der unglücklichen Familie des hingerichteten Genossen Solinger die möglichste Teilnahme an ihrem Schmerz zu bewahren und ihr zur Linderung der augenblicklichen Not eine Unterstützung ausgeben zu lassen und darum von der Niederlegung eines Kränzes abzuweichen.

Staatsarbeiterrecht.

Das Verhältnis der Staatsregierung zu den Staatsarbeitern, die Art, wie die Regierung die Arbeiter in den öffentlichen Betrieben einsetzt und bedornet — das alles ist ein Anlaß zu ebenso lebhaften wie berechtigten Klagen geworden. Von einem besonderen Staatsarbeiterrecht hat man aber in bürgerlichen Kreisen geredet. Was damit erreicht werden soll, wurde auch gestern wieder im Landtage verhandelt. Nicht Rechte und Bewegungsfreiheit sollen dadurch den Staatsarbeitern gegeben werden, nein, die Regeln will man aufstellen, nach denen sie unter Vormundschaft gestellt, nach denen ihnen übermäßig gezwungen werden sollen, nach denen ihnen übermäßig gezwungen werden sollen, nach denen ihnen übermäßig gezwungen werden sollen. Es ist dies eine Gesandtschaft, die die Arbeiter in den Staatsbetrieben vertreten, die so gern von einem besonderen Staatsarbeiterrecht reden. Sie sind weit davon entfernt, für diese Arbeiter ein Wort zu fordern; man soll ihnen aber die Rechte und Freiheiten zugeben und sichern, die auch andere Arbeiter haben. Was sehen wir aber? Einen Arbeiter, der in einen Staatsbetrieb eintritt, und heute das Verfallungsrecht, das Recht der politischen Betätigung, die Bewegungsfreiheit überhaupt abgeprochen. Er ist die Zeitung lesen, den Vereinen angehören, die der Regierung angenehm sind, ja womöglich eine staatlich abgeordnete Stellung haben. So will's die Regierung und Nationalliberalen und Konservativen finden das durchaus in der Ordnung.

Das alles wurde am Mittwoch im Landtage erneut diskutiert. Stundenlang hat man sich da mit den Staatsarbeitern beschäftigt. Zunächst hatte das Bemühen der Fortschrittler, bei den Staatsarbeitern Protesten zu machen, einen Antrag gestellt, der allerdings die Rechte für Arbeiter und Angestellte des Staates forderte, die ihnen durch die Gesetzgebung gegeben sind. Nach von erweiterten Befugnissen der Arbeiterausschüsse, von einer freien politischen und religiösen Betätigung wenigstens außerhalb des Arbeitsdienstes war die Rede, sowie von Gehältern, Löhnen und Arbeitsbedingungen, die nicht hinter den in der Privatindustrie üblichen zurückbleiben sollen. Das freisinnige Abgeordneten-Büro stand auch zu seinem Antrag ohne Vorbehalte und Winzelsätze. Ob aber die Freiheiten im Verhältnis der Staatsarbeitern auch alle Rechte sind in die höchsten Rangstufen, besonders das Streikrecht, zu gewähren, muß nach dem, was man bei anderen Gewerkschaften schon von den Herren gehört hat, doch sehr zweifelhaft erscheinen. Doch in Sachen kommt es ja jetzt auf die Meinung der Fortschrittler nicht allzuviel an. Sie bilden eine kleine Minderheit und da neigen sie in der Regel zu radikalen Forderungen, gelegentlich sogar zu solchen, die ihre Freunde an Erben, wo sie Einfluß ausüben können, bekämpfen.

Sehr sehr interessiert die Frage, wie der freisinnige Antrag im Landtage, besonders bei der Regierung aufgenommen wurde. Was man bei dieser Gelegenheit wieder einmal vom Finanzminister, dem ersten Chef der Staatsverwaltung, hörte, war wirklich erbärmlich, wenn auch nicht übermäßig, denn dergleichen ist man in Sachen ja fast schon gewohnt. Demnach empfand's immer wieder von neuem, demnach verhält man's nicht, weshalb die Staatsarbeiter dadurch nicht nur nicht angereizt werden. Natürlich sind v. Seydewitz alles klar und gut in den Staatsbetrieben. Den Arbeiterausschüssen größere Befugnisse zu geben, das fällt ihm nicht ein. Ganz wurde nachgewiesen, daß den Mitgliedern dieser Ausschüsse jede Verhandlung mit den Arbeitern verboten unterliegt worden ist wie die nachträgliche Rechtfertigung, also jedes gedeihliche Wirken unmöglich gemacht worden ist. Aber was sieht das im Minister an, der sich Arbeiterausschüsse nur als Werkzeuge der Betriebsleitungen denken kann. Natürlich kann ein solcher Minister die Forderung des all-